

A09 Ambitioniert, aber notwendig: Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 9 Anträge

Antragstext

1 Als Grüne sind wir überzeugt: Eigener Wohnraum ist ein Grundrecht aller
2 Menschen. Daher setzen wir uns für die Erfüllung des Ziels Obdach- und
3 Wohnungslosigkeit bis zum Jahr 2030 zu überwinden ein. Dieses Ziel geht auf
4 einen Beschluss des Europäischen Parlaments von 2020 zurück und bereits 2017 hat
5 sich Hamburg (Drs. 21/9700) zur Umsetzung der Sustainable Development Goals
6 (SDGs) bekannt, dessen erstes Ziel „Keine Armut“ lautet. Dabei wird Armut als
7 Zustand definiert, in dem die Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden können.
8 Zu diesen Grundbedürfnissen gehört auch eigener Wohnraum. Dieses wird durch das
9 Ziel 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ verstärkt, in einem Teilziel werden
10 die Staaten verpflichtet, für die Sicherstellung eines Zugangs zu angemessenem,
11 sicherem und bezahlbarem Wohnraum zu sorgen. Auch die Bundesregierung hat sich
12 diesen Zielen angeschlossen. So gibt es über alle politischen Ebenen hinweg nun
13 das gemeinsame Ziel in der Dekade der 2020er Jahre die Obdach- und
14 Wohnungslosigkeit zu beenden. Diesen Übereinkommen, Beschlüssen und Zielen
15 fühlen wir uns als Grüne verpflichtet und wollen auf allen Ebenen unseren
16 Beitrag leisten, Armut zu bekämpfen sowie Obdach- und Wohnungslosigkeit zu
17 überwinden.

18 Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Beendigung von Obdach- und
19 Wohnungslosigkeit bis 2030 haben sich wiederum gerade in prosperierenden
20 Metropolen wie auch Hamburg verschlechtert. Die in den Ballungsräumen noch immer
21 steigenden Mieten und der Einbruch beim Wohnungsbau lassen das Segment der
22 bezahlbaren Wohnungen immer weiter schrumpfen. Dies gilt trotz der guten
23 Wohnungsbauzahlen der letzten Jahre auch für den Sozialen Wohnungsbau in
24 Hamburg.

25 Gleichzeitig wächst der Bedarf an Wohnraum und immer mehr Menschen sind auf eine
26 öffentliche Unterbringung angewiesen. So hat sich seit 2022 die Zahl der
27 Menschen in öffentlicher Unterbringung fast verdoppelt. Vor allem durch den
28 Krieg in der Ukraine ist die Zahl sehr schnell auf fast 50.000 Menschen
29 angestiegen. Ganz ohne Obdach auf Hamburgs Straßen leben weitere min. 2000
30 Menschen. Obdach- und Wohnungslosigkeit trifft Menschen in ganz verschiedenen
31 Lebenslagen. Frauen, die vor ihren gewalttätigen Partnern ins Frauenhaus
32 fliehen, sind genauso von Wohnungslosigkeit bedroht, wie erwerbstätige
33 Alleinstehende, die nach einer Kündigung wegen Eigenbedarf partout keine
34 bezahlbare Wohnung finden.

35

36 Realistischerweise ist es daher für Hamburg ein ambitioniertes Ziel
37 Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden und Wohnungslosigkeit deutlich zu
38 reduzieren. Die geopolitische Weltlage mit einer hohen Zahl von Geflüchteten ist
39 wiederum auch durch Hamburgische Politik nicht steuerbar hat aber Auswirkungen
40 für das Maß der Wohnungslosigkeit in der Stadt.

41 Um eine Trendumkehr zu schaffen, müssen wir den politischen Beschlüssen neue
42 Kraft geben und sowohl den Wohnungsbau innovativ vorantreiben als auch mehr
43 Hilfen zum Wohnen organisieren. Gleichzeitig gilt es, auch die

44 niedrighschwelligem Hilfen auf der Straße weiter auszubauen. Wir wollen, dass
45 sozialrechtliche Hilfen alle erreichen, die sie brauchen. Bei all dem stellen
46 wir als GRÜNE das Leitbild „Housing First“ in den Mittelpunkt unserer Politik
47 für Obdach- und Wohnungslose.

48 Housing First zum Leitmotiv der Hamburger Wohnungslosenhilfe machen

49 Im Mittelpunkt der Politik für Obdach- und Wohnungslose steht der Mensch mit
50 seiner Würde und seinem Recht auf eine eigene Wohnung und einem Recht auf Schutz
51 und Privatsphäre. Daher wollen wir das durch Grüne erfolgreich angeschobene
52 Modellprojekt Housing First verstetigen und den Housing First Ansatz zum
53 Leitmotiv der Hamburger Obdach- und Wohnungslosenhilfe machen und
54 dementsprechend ins Regelsystem überführen. Der Zugang zu Wohnraum steht dabei
55 am Anfang und im Mittelpunkt, aber nicht isoliert. Die wohnbegleitenden Hilfen
56 wollen wir ausbauen und langfristig absichern, um strukturelle Hürden beim
57 Zugang zu Wohnraum zu überwinden.

58 Beim Ziel, alle Menschen angemessen mit Wohnraum zu versorgen, sind Wohnungen
59 das knappe Gut. Neben weiter intensiviertem sozialem Wohnungsbau, insbesondere
60 für vordringlich Wohnungssuchende (siehe Beschluss LMV von 25.02.2023 „Deine
61 Stadt, dein Viertel – lebenswertes Hamburg für alle“), setzen wir uns für
62 stärkere Wohnraumakquise im Bestand ein. Dafür stellen wir den freien Trägern
63 Ressourcen und Kompetenzen zur Verfügung, um ihren Klient*innen bei der
64 Wohnraumsuche zu helfen. Und wir schaffen ein hamburgweites soziales Maklerbüro,
65 das für die unterschiedlichsten Träger Wohnungen auf dem freien Markt akquiriert
66 und auf ein gezieltes Förderinstrumentarium für potentielle Vermieter*innen
67 zugreifen kann. Wir setzen uns bundespolitisch dafür ein, dass die Kommunen ein
68 taugliches Vorkaufsrecht erhalten – nicht nur in Gebieten mit sozialer
69 Erhaltensverordnung. Unser Ziel ist es, den Wohnungsbestand in öffentlicher Hand
70 und bei gemeinwohlorientierten Trägern deutlich und kontinuierlich auszubauen.
71 Um den Bau von Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende zu fördern, wollen
72 wir die Wohnungsbauprämie für die Bezirke pro Baugenehmigung für WA-gebundene
73 Wohnungen verdoppeln. Noch vorhandene Freistellungsgebiete werden wir nicht
74 verlängern. Die SAGA soll zukünftig jede zweite freierwerdende Wohnung an
75 vordringlich Wohnungssuchende vermieten.

76 Auch in der öffentlichen Unterbringung wollen wir prioritär auf den Ansatz
77 Housing First und Steigerung des sozialen Wohnungsbestandes setzen. Immer wenn
78 möglich, sollen Unterkünfte nach dem Konzept „Zukunft Wohnen“ gebaut werden und
79 von Anfang an so belegt werden, dass die einzelnen Wohnungen so schnell wie
80 rechtlich möglich im Rahmen eines normalen Mietverhältnisses an die
81 Bewohner*innen vergeben werden können. Auch die aktive Ankaufpolitik von Fördern
82 & Wohnen begrüßen wir und wollen diese weiter verstärken. Dabei soll gezielt
83 Wohnraum für große Familien geschaffen werden, so dass diese die Chance erhalten
84 die öffentliche Unterbringung zu verlassen. Trotz der angespannten Lage wollen
85 wir auf gute Mindeststandards achten. Gewalt- und Kinderschutzpläne müssen
86 weiterhin für jede Unterkunft erarbeitet und umgesetzt werden. Menschen mit
87 psychischen und/oder körperlichen Beeinträchtigungen müssen angemessen mit Blick
88 auf ihre spezifischen Bedürfnisse untergebracht werden, dafür wollen wir ein für
89 neu ankommende Geflüchtete ein systematisches Identifikationsverfahren zur
90 Bedarfsfeststellung einführen.

91 Prävention stärken und Wohnraumverlust verhindern

92 Um den Verlust von Wohnraum zu minimieren, wollen wir Zwangsräumungen noch
93 besser verhindern und darauf dringen, die rechtlichen Möglichkeiten von
94 Kündigungen wg. Eigenbedarf oder aufgrund von finanziellen Problemlagen weiter
95 einzuschränken. Ein besonderes Problem sind verhaltensbedingte Kündigungen, die
96 nicht selten mit psychischen Erkrankungen bei Betroffenen einhergehen. Hier
97 wollen wir Hilfestrukturen etablieren, die den Verbleib in der Wohnung
98 unterstützen und bei Konflikten zwischen betroffenen Mieter*innen und
99 Nachbarschaft sowie Wohnungsverwaltung zu Lösungen beitragen.

100 Auch wenn Wohnraumverlust aufgrund von Mietschulden in den allermeisten Fällen
101 verhindert werden kann, scheitern Wohnraumsicherung oder -gewinnung trotzdem zu
102 häufig an überlasteter Sachbearbeitung zur Leistungsbewilligung. Wir setzen uns
103 daher dafür ein, dass Anträge, die Kostenübernahme von Mieten bzw. Umzügen
104 beinhalten beim Jobcenter und bei den Grundsicherungsämtern prioritär bearbeitet
105 werden.

106 Die bezirklichen Fachstellen für Wohnungsnotfälle sind eine wichtige behördliche
107 Institution, um Wohnraumverlust zu verhindern und vordringlich Wohnungssuchende
108 mit Wohnraum zu versorgen. Sie arbeiten seit Jahren am Anschlag, haben immer
109 neue Herausforderungen zu bewältigen und leider unter Fluktuation und
110 Fachkräftemangel. Wir wollen die Arbeit der Fachstellen daher extern evaluieren
111 lassen, um ihre gute und wichtige Arbeit nachhaltig zu verbessern und
112 strukturell zu stärken.

113 Während Menschen (kurzzeitig) in Haft sind oder für längere Zeit stationär in
114 einer Klinik sind, muss durch das Sozialmanagement unbedingt der Wohnraum
115 gesichert werden.

116 Niedrigschwellige Hilfen ausbauen und Zugänge zu nachhaltigen Hilfen für alle
117 sicherstellen

118 Tagesaufenthaltsstätten, Straßensozialarbeit und weitere niedrigschwellige
119 Hilfen sind wichtige Unterstützungsangebote für das Überleben auf der Straße.
120 Hier erhalten Obdachlose u.a. warmes Essen, können duschen und ihre Wäsche
121 waschen sowie Postadressen und Verwahrkonten anlegen. Der Kontakt zu der
122 Sozialarbeit ist dabei häufig der erste und wichtigste Schritt zum Weg aus der
123 Obdachlosigkeit. Dabei greifen sie auf ein umfangreiches System der
124 Notunterbringung zurück. Diese Notunterkünfte bieten obdachlosen Menschen im
125 Rahmen der Gefahrenabwehr kurzzeitig ein Dach über dem Kopf, Schutz vor
126 Erfrierung und sanitäre Angebote sowie medizinische Grundversorgung. Aktuell
127 besteht das Notunterkunftssystem in Hamburg im Kern aus dem Winternotprogramm
128 sowie den Notübernachtungsstellen. Wir wollen das Notübernachtungssystem in
129 Hamburg entlang des für alle geltenden Rechtes auf Gesundheit weiterentwickeln
130 und setzen uns dabei für dezentrale, kleinere Angebote ein, die ganzjährig und
131 ganztägig zur Verfügung stehen. Dabei sollen passende Angebote für spezielle
132 Zielgruppen, z.B. für Jungerwachsene, Frauen oder Trans-Personen vorgehalten
133 werden. Auch Menschen ohne sozialrechtliche Ansprüche oder im irregulären
134 Aufenthalt sollen Zugang zu diesen Unterbringungsangeboten erhalten. Die
135 Unterbringung in Einzelzimmern streben wir als Standard an, auch um die
136 Akzeptanz der Angebote zu verbessern. Außerdem braucht es mehr Angebote, die
137 speziell auf suchtkranke Menschen und auch Menschen mit Tieren eingestellt sind.
138 Diese Angebote sollen im ersten Schritt das bisherige Angebot ergänzen und
139 später ersetzen. Jede*r Obdachlose muss schnell und unkompliziert Zugang zu

140 einem Übernachtungsplatz erhalten können – dafür braucht es barrierefreie
141 Angebote, Abbau sozialrechtlicher Hürden und eine Vielfalt, so dass Obdachlose
142 ein für sie passendes Angebot aufsuchen können.

143 Die gesundheitliche Versorgung von Menschen in Obdachlosigkeit und Menschen ohne
144 Krankenversicherungsschutz wird in unserer Stadt zum Großteil von Ehrenamtlichen
145 gestemmt. Ohne dieses freiwillige Engagement ginge es gar nicht, diese stoßen
146 aber zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Die gesundheitliche Lage von Obdachlosen
147 wird immer gravierender. Es gilt daher professionelle Strukturen auszubauen, um
148 Menschen in Obdachlosigkeit (und andere Menschen ohne Krankenversicherung)
149 dauerhaft, nachhaltig und verlässlich helfen zu können. Die Arbeit der Hamburger
150 Clearingstelle, an die sich Menschen ohne oder mit unzureichendem
151 Krankenversicherungsschutz auch anonym wenden können, um ihre Ansprüche klären zu
152 lassen und in Behandlung vermittelt zu werden, wollen wir weiter unterstützen
153 und ausbauen. Grundsätzlich ist es unser Ziel, die Menschen (wieder) in
154 Krankenversicherungsschutz zu bringen. Um die Wege aus der Obdachlosigkeit zu
155 vereinfachen, setzen wir uns für einen unbürokratischen Schuldenerlass bei der
156 Krankenkasse ein, wenn Obdachlose sich eine Meldeadresse nachweisen.

157 Uns ist es ein wichtiges Anliegen, sowohl niedrigschwellige Hilfen, als auch
158 Angebote der Notunterbringung dezentral und sozialräumlich aufzustellen. Die
159 Angebote der ambulanten Sozialpsychiatrie sollten dabei zukünftig auch die
160 Zielgruppe obdachloser Menschen besser versorgen. Die digitale Teilhabe von
161 obdachlosen Menschen soll u.a. durch in den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe
162 flächendeckend zur Verfügung stehendes WLAN und durch Zugang zu IT-Infrastruktur
163 gestärkt werden.

164 Unser Ziel und Anliegen ist es insgesamt, Menschen nachhaltig zu helfen und in
165 Wohnraum und unterstützende Hilfen zu vermitteln. Doch dieser Weg ist für viele
166 obdachlose Menschen sozialrechtlich versperrt, so machten schon in der letzten
167 Zählung 2018 Bürger*innen ohne deutschen Pass 61 Prozent der obdachlosen
168 Menschen in Hamburg aus. Wir wollen die gesetzlichen Rahmenbedingungen auf
169 Bundesebene ändern und den Zugang von EU-Bürger*innen zu Sozialleistungen und
170 gesundheitlicher Versorgung deutlich erleichtern, so dass auch sie
171 existenzsichernde Leistungen und nachhaltige Hilfen erhalten können. Menschen
172 migrieren nicht aufgrund von Sozialleistungen nach Deutschland, sondern sie
173 kommen nach Hamburg, um hier zu arbeiten. Sie vor Verelendung zu schützen und
174 bei ihrem Wunsch nach Arbeit und Wohnen zu unterstützen, nützt uns allen und ist
175 perspektivisch günstiger, als sie weiterhin weitestgehend von Sozialleistungen
176 auszuschließen.

177 Obdach- und wohnungslose Menschen werden leicht Opfer von Diskriminierung und
178 brauchen besonderen Schutz und spezifische Angebote. Sie haben wie alle anderen
179 ihren Platz im öffentlichen Raum und dürfen nicht verdrängt werden. Nicht häufig
180 ist die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, (zugeschriebener) Herkunft,
181 Religion oder Behinderung usw. sogar Ursache für Obdach- oder Wohnungslosigkeit
182 und Hindernis bei der Wohnraumvermittlung, deswegen muss Diskriminierung auf dem
183 Wohnungsmarkt ein Ende haben. Dafür wollen wir das Antidiskriminierungsrecht
184 stärken. Vulnerable Gruppen sind auch unter den Wohnungslosen häufiger von
185 Gewalt betroffen. Es braucht daher spezielle Schutzangebote und besondere
186 Maßnahmen zur Prävention und Wohnraumvermittlung für diese Zielgruppen.

187 Eine besondere Zielgruppe sind die sogenannten Care Leaver, Jungerwachsene, die
188 aus den (stationären) Angeboten der Jugendhilfe altersbedingt entlassen werden
189 und besonders häufig von Wohnungslosigkeit bedroht sind. Wir setzen uns dafür
190 ein, dass junge Erwachsene zukünftig aus der Jugendhilfe nicht mehr in die
191 Wohnungslosigkeit entlassen werden und bei Bedarf auch bis zum 27. Lebensjahr in
192 die Angebote der Jugendhilfe zurückkehren dürfen, so dass junge Menschen sich in
193 sicheren Rahmenbedingungen auf Studium oder Ausbildung konzentrieren können –
194 auch wenn sie kein eigenes familiäres Auffangnetz haben.

195 Ziel der Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit ernst nehmen und mit
196 entsprechender Priorität angehen

197 In der kommenden Legislaturperiode müssen die Weichen neu gestellt werden, um
198 das Ziel der Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 zu
199 erreichen. Auch wenn insbesondere die Überwindung von Wohnungslosigkeit mit
200 Blick auf den Wohnungsmarkt und den kontinuierlichen Zugang von Geflüchteten in
201 die öffentliche Unterbringung schwerfallen wird. Als Grüne setzen wir uns dafür
202 ein, dass Politik, Verwaltung und freie Träger konstruktiv und auf Augenhöhe
203 zusammenarbeiten, um Obdachlosigkeit zu überwinden und Wohnungslosigkeit
204 mindestens stark zu reduzieren. Die Stadt muss die nötigen Kapazitäten und
205 Ressourcen zur Verfügung stellen, sowohl in den eigenen Dienststellen als auch
206 bei den freien Trägern und das Subsidiaritätsprinzip nutzen. Obdachlosigkeit zu
207 überwinden ist eine Kraftanstrengung, die nur gemeinsam und nur mit der
208 entsprechenden Prioritätensetzung erreicht werden kann. Dabei brauchen wir die
209 Teilhabe und Partizipation der Verbände der freien Träger und wollen
210 innovative Beteiligungsformate von (ehemals) Obdachlosen sowohl bei Planung
211 neuer Ansätze als auch bei der Umsetzung der Angebote fördern.

212 Um Obdach- und Wohnungslosigkeit deutschlandweit nachhaltig zu überwinden,
213 müssen wir Armut effektiv bekämpfen und den Wohnungsmarkt gerechter gestalten.
214 Damit ist Politik für Wohnungslose, eine wichtige Politik für viele
215 armutsbetroffene Menschen und für den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft.